

## Kurznachrichten der Deutschen Weltallianz (DWA)

**Hermannstadt** Der Landesvorstand der Siebenbürger Sachsen wird nach Aussage des Abgeordneten Ovidu Gant vom Demokratischen Forum der Deutschen in Rumänien die neue rumänische Regierung unter abermaliger Führung von Traian Ponta anerkennen. Gant stellte aber bei einer Pressekonferenz Forderungen und meinte, daß man sich erwerbe, daß „die Regierung die Minderheiten im Bereich der Bildung in der Muttersprache, des Erhalts unseres Kulturerbes, unserer Projekte innerhalb des Forums und in sonstigen Anliegen auch unterstützt.“ In Rumänien leben heute noch rund 60.000 Deutsche. Die Mehrheit gehört zu den Banater Schwaben und zu einem kleineren Teil zu den Siebenbürger Sachsen (17.000).

**Prag** Ganz anders ist die Lage in Tschechien. Dort weigert sich die neue Regierung, mit den Vertretern der Sudetendeutschen Landsmannschaft überhaupt in Kontakt zu treten. „Unser Partner ist die Regierung in Berlin“, ließ Außenminister Ludomir Zaorlak wissen. Und von dieser Seite hat Prag ganz bestimmt nichts zu befürchten, was irgendwie nach einer Anklage für die Vertreibung von 1945 oder nach Restitutionsforderungen riechen könnte. Die von der tschechischen Vorgängerregierung favorisierte Dialoginitiative gehört somit vorläufig der Geschichte an.

**Essegg/Osijek** Nach 79 Jahren hat Essegg wieder einen deutschstämmigen Vertreter in der Stadtverwaltung. Vladimir Ham, langjähriger Mitarbeiter in der „Deutschen Gemeinschaft – Landsmannschaft der Donauschwaben in Kroatien“, bekleidet in Essegg das Amt des Vizebürgermeisters. Ham möchte der Stadtbevölkerung das deutsche Erbe bewußt machen und sich dafür einsetzen, daß der Deutschunterricht in den Grundschulen gefördert wird. Ham betont dabei den Wert der Mehrsprachigkeit, die Brückenfunktion der deutschen Minderheit und verweist auf seine Erfahrungen, die zeigen, daß deutsche Investoren begeistert sind, wenn die Bürgermeister Deutsch sprechen.

**Augsburg** Das Bukowina-Institut in Augsburg feiert sein 25jähriges Bestandsjubiläum. Das Institut setzt sich mit Kultur und Geschichte der Bukowina ausein-

ander und soll, wie es die Süddeutsche Zeitung schrieb, „die Erinnerung an das rege Kultur- und Geistesleben dieser Region wachhalten.“ Zu den Schwerpunkten der Arbeit am Bukowina-Institut gehören neben volkskundlichen Dokumentationen auch die Dokumentation bayrisch-schwäbischer Beziehungen zur Bukowina und die Erforschung der ethnischen Pluralität mit ihren Folgen für die gegenwärtige Situation. Die Bukowina gehört zum einen Teil zu Rumänien und zum anderen zur Ukraine.

**Preßburg** Schon seit 2013 leidet die deutsche Volksgruppe in der Slowakei unter drastischen Budgetkürzungen der Regierung. Jetzt hat der Karpatendeutsche Verein als offizieller Vertreter reagiert und der slowakischen Präsidentschaftskanzlei die schwierige finanzielle Situation der Karpatendeutschen mitgeteilt, die ihre Projekte vornehmlich durch öffentliche Fördermittel finanzieren. Man wird sehen, wie sich der neue slowakische Präsident gegenüber den Minderheiten verhalten wird.

**Berlin** „Mit solchen Methoden hat schon der Hitler das Sudetenland übernommen.“ Deutschlands Finanzminister Wolfgang Schäuble vergleicht das Vorgehen des russischen Präsidenten in der Krim mit der NS-Politik. Die Sache stimmt so nicht ganz: Das Sudetenland ist nämlich bereits 1918/19 von den Tschechen in einer Art und Weise genommen und in das tschechoslowakische Staatsgebiet eingegliedert worden, wie das heute Vladimir Putin tat. Es gibt nur einen Unterschied. Während die russische Mehrheit auf der Krim für diese Eingliederung ist, wurden die Sudetendeutschen nie um ihre Meinung gefragt. Damals kümmerte sich die Entente bei den Kriegsverlierern nicht im geringsten um das nationale Selbstbestimmungsrecht. Das Recht des Siegers eben!

**Wien** Nicht nur in Österreich wird dieses Jahr an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs gedacht. In Ausstellungen und zahlreichen historischen Reportagen stehen die Ursachen für den Ausbruch zur Diskussion. Wurden vor Jahren noch die Schuldigen allein bei den Deutschen und Österreichern gesehen, hat sich die Einschätzung seither geändert. Heute werden die Gründe nicht allein bei den

Deutschen gesucht, sondern in einem gesamteuropäischen Zusammenhang verstanden. Eine Mitschuld und Mitverantwortung lag also auch bei den Siegerstaaten und ihren Verbündeten von 1918.

**Fünfkirchen** Das Löewy-Gymnasium hat in Zusammenarbeit mit dem Valeria-Koch-Schulzentrum eine sehr originelle Idee: Gemeinsam initiierten sie am Széchenyi-Platz eine Aktion mit der Gemeinschaft Junger Ungarndeutscher (GJU). Für die Passanten wurde ein deutsches Volkslied aufgeführt, das in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bühne Ungarn vorgetragen wurde. Die Darbietung fand bei den Zuhörern eine sehr positive Aufnahme. Andererseits zeigt dieses Beispiel auch, mit wie wenig Aufwand man die eigene Kultur der Öffentlichkeit vorstellen und Erfolg haben kann.

**Schlesien** Fußball verbindet nicht nur die Welt, sondern läßt sich auch als Kulturvermittler verwenden. Die Deutsche Bildungsgesellschaft möchte mit dem bundesdeutschen Traditionsverein Schalke 04 im Sommer in Oberschlesien ein deutschsprachiges Jugendcamp einrichten. Damit sollen nach Rafael Nocon (Deutsche Bildungsgesellschaft) „deutsche Sprachkenntnisse und die deutsche Kultur näher an die Jugendlichen“ gebracht werden. Nocon betont auch die historischen Parallelen zwischen Schalke und Oberschlesien, die beide im Bergbau liegen.

**Washington** Vor kurzem strahlte der deutsche TV-Sender ZDF in der Serie „History“ eine Reportage über das Schicksal von US-Japanern in den USA im Zweiten Weltkrieg aus. Es wurde dabei auf deren Diskriminierung hingewiesen und betont, daß sie pauschal der Illoyalität gegenüber Washington und der Kollaboration mit dem japanischen Feind bezichtigt worden seien. Bis heute wurde ein Großteil von ihnen rehabilitiert. Auch US-Deutsche erlitten bis 1945 ein vergleichbar dramatisches Schicksal. Darüber schwieg aber das ZDF. Es ist auch bekannt, daß die US-Deutschen bisher keine Entschädigung für das erlittene Unrecht (Zwangsenteignung, Aberkennung der Staatsbürgerschaft, Inhaftierung) erhalten haben. Bei den US-Japanern war es der Druck Tokios, der Washington zur Rehabilitierung zwang. Von Berlin wird man sich indessen Ähnliches nicht erwarten können.